

# Eine Flut von Hilfe, aber keine Gerechtigkeit

von

Heiner Flassbeck

Aus Genfer Sicht, Oktober 2002

Und wieder ist er gesagt worden, der fatale Satz: Niemand soll es hinterher schlechter gehen als vorher. Viele Menschen hatten sicher ein *déjà-vue*-Erlebnis der ungunstigen Art. Nun hat auch dieser Kanzler - und wiederum im Wahlkampf - etwas versprochen, was ein Staat so vielen betroffenen Bürgern gegenüber niemals halten kann. Naturkatastrophen und die großen, von Menschen gemachten Schocks, schlagen chaotisch und wahllos zu. Die Auswahl der Opfer spricht jedem Gefühl von Gerechtigkeit und Fairness Hohn. Das ist bitter, aber unabänderlich. Ein Staat, der sich zum Ziel setzt, die Ergebnisse des Chaos so zu korrigieren, daß es niemandem hinterher schlechter geht, muß kläglich scheitern. Das sollte in den Lehrbüchern für Politiker auf den ersten Seiten zu finden sein, aber ich fürchte, es gibt diese Lehrbücher nicht, und wenn es sie gäbe, keiner würde sie lesen.

Schon das Einfachste ist unmöglich: Wie will irgendeine Institution ernsthaft erfassen, welche Schäden wirklich entstanden sind? Wie aufwendig ist ein heute weitgehend zerstörter Altbau in Sachsen vor einigen Jahren wirklich renoviert worden? Wieviel Zeit, Mühe und Geld haben die Besitzer in eine Balkenrekonstruktion investiert, die vollständig zum Opfer der Fluten wurde? Wie sah das Lager eines Unternehmens vor der Flut wirklich aus? Wieviel war schon verkauft, wieviel konnte noch aus dem bedrohten Gebäude gerettet werden, wieviel ist wiederherstellbar oder zu geringeren Preisen an den Mann zu bringen? In welchem Zustand war ein zwei Jahre altes Auto, das die Wassermassen geschluckt und bis zur Unkenntlichkeit verbeult haben? Welche Wertsachen hat die Flut aus welchen Kellern geschwemmt?

Das alles sind objektiv unbeantwortbare Fragen. Der Versuch ihrer Beantwortung öffnet nur der Manipulation, dem Neid und der Mißgunst unter Nachbarn, die gerade noch Seit an Seit gegen die Flut gekämpft haben, Tür und Tor. Wer politische Verantwortung in einem ernsthaften Sinne tragen will, muß den Menschen sagen, daß nichts mehr so sein wird wie vorher, daß der Staat aber alles Vernünftige tun wird, um die schlimmste Not zu lindern.

Dem Vernünftigen im Wege aber steht schon wieder eine der beliebten Politiker-Parolen. Unbürokratisch, so das übliche Geschwätz, müsse die Hilfe sein. Was aber ist unbürokratisch? Im Zweifel ist es genau das Gegenteil des Vernünftigen, es ist zumeist in höchstem Maße ungerecht, weil es Gerechte wie Ungerechte in gleicher Weise begünstigt. Auch die Privatisierung durch die Treuhandanstalt war unbürokratisch. Daß sie auch nur Mindestanforderungen an Gerechtigkeit im Sinne von Gleichbehandlung genügte, hat noch nie jemand behauptet. Daß sie effizient war, würde heute kaum noch jemand behaupten.

Schnelle Hilfe ist sicher gut. Gute Hilfe aber muß in hohem Maße bürokratisch sein. Nur bürokratische Regelungen, das heißt, transparente, ein Höchstmaß an Gleichbehandlung garantierende Abwicklung von Hilfe kann am Ende dem Gerechtigkeitsgefühl der Mehrheit der Betroffenen gerecht werden. Wer schnell helfen will, kann jetzt in Form unverzinslicher Darlehen auszahlen. Später aber muß er nachrechnen, wie groß der Anteil des Darlehens sein kann, den der Staat endgültig abschreibt, der also als Zuschuß, als Geschenk verbleibt.

Politisch und wirtschaftlich naiv ist auch die Vorstellung, man könne die "Banken" so einfach mit ins staatliche Boot nehmen und zur Solidarität verpflichten. Selbst wenn manche Politiker es noch nicht gemerkt haben, die Banken haben in unserem System keine quasi staatliche Funktion mehr, sondern sind Marktteilnehmer wie alle anderen. Wer die Banken zur Solidarität heranziehen will, kann das auch mit den Unternehmen im allgemeinen tun. Es ist bezeichnend, daß gerade solche Politiker, die im übrigen den Einfluß des Staates permanent zurückdrängen wollen, auf eine derartige Idee nach dem Motto kommen: Wäre es nicht schön, wenn auch die Privatwirtschaft einmal solidarisch sein würde, um den Staat zu entlasten. Das endet dann damit, daß der Staat viele originär staatliche Aufgaben nicht mehr übernimmt, sondern darauf hofft, die Privaten würden schon irgendwie "freiwillig" oder mit leichtem staatlichen Druck in die Bresche springen.

Solidarität zu organisieren ist gerade in einer Marktwirtschaft Aufgabe des Staates. Nur er kann auch diejenigen zur Solidarität zwingen, die bei freiwilligen Beiträgen und Spenden immer den Trittbrettfahrer spielen. Die Flut-Krise zeigt zudem, wie wichtig ein funktionierendes Gemeinwesen ist. Sie zeigt damit auch wie gering der Spielraum ist, der das Gemeinwesen repräsentierenden Institution, der gewählten Regierung nämlich, ist, dauernden Wünschen nach Senkung der Zwangsbeiträge für dieses Gemeinwesen, üblicherweise Steuern genannt, nachzukommen. Alle wollen zwar einen Staat, der in der Lage ist, in einer Krise kraftvoll zu agieren, niemand will aber dafür bezahlen. Insofern ist die Verschiebung einer Steuersenkung zur Finanzierung der Flutfolgekosten das richtige Signal.

Leider ist damit das übergreifende Problem nicht gelöst: Der Staat wird, ersetzt er lediglich Steuersenkung durch Fluthilfe, im nächsten Jahr die Konjunktur abbremsen, weil das Budget im übrigen durch massives Sparen gekennzeichnet ist. Das ist angesichts einer Wirtschaft, die im Westen bestenfalls vor sich hindümpelt und im Osten einzubrechen droht, eine extrem gefährliche Strategie. Zwar werden die Fluthilfen der ostdeutschen Wirtschaft in stärkerem Maße zugute kommen, als es bei der Steuersenkung der Fall gewesen wäre, das wird aber nicht ausreichen, die negativen Effekte der Konjunkturschwäche zu überspielen.

Folglich hätte der Staat beides tun müssen, den Flutopfern helfen und die Konjunktur anregen. Dazu hätte er aber wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Würde man neben den sieben Mrd. Euro, die durch die Verschiebung der Steuerreform zur Verfügung stehen, noch einmal sieben Milliarden am Kapitalmarkt aufnehmen (oder, was auf dasselbe hinausläuft, durch die Nutzung des eigentlich für den Schuldenabbau vorgesehenen Bundesbankgewinns) könnten die zerstörten Gebiete viel schneller wieder aufgebaut werden. Die Konjunktur insgesamt würde nicht gebremst, Ostdeutschland profitierte in besonderem Maße und die zukünftigen Generationen würden selbstverständlich nicht belastet, weil den höheren Schulden ja eine bessere Infrastruktur gegenüberstünde. Das ist, sozusagen, das Programm der Regierung zuzüglich des Programms der Opposition.

Dazu aber hätten wir mutige und kompetente Politiker gebraucht, solche, die vor allem mit Blick auf ihr eigenes von Einblick in die Sache getragenes Urteil entschieden hätten und nicht vorwiegend mit Blick auf das Medienecho. Doch solche Politiker können wir, zumal im Wahlkampf, in einer Welt nicht erwarten, die weit mehr auf den Schein der Dinge auf den Televisionsschirmen achtet als auf die Dinge selbst.